

# Sattler-, Tapezierer- u. Portefeüller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeüller-Verbandes

Nr. 12 / 41. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.  
Zugabepreis  
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b  
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung  
bei allen Postämtern.  
Wittalieber kostenlos

Berlin, 25. März 1927

## Opposition aus Prinzip.

Die Moskauer Gewerkschaftsinternationale ist geschaffen worden, um die Amsterdamer Gewerkschaftsrichtung zu zerstören. Die Propagandisten der KPD. versichern stets und länder, sie wollten die Gewerkschaftseinheit herstellen und verlangen nichts geringeres von der Amsterdamer Internationale, als daß diese sich der Moskauer Internationale unterordnen soll. Alle Aufforderungen seitens der KPD., daß die Moskauer nur die Sagenungen angerechneten brauchen, wurde stets mit Ausreden beantwortet: Ad, man hat auch ganz offen erklärt, das würde niemals geschehen, denn die Amsterdamer wären Verräter der Interessen der Arbeiterschaft. Und das alles geschieht nur aus dem Grunde, weil man in Moskau nach wie vor in dem Glauben lebt, es sei möglich, in kürzester Zeit eine Weltrevolution zu entfachen, um in allen Kulturländern Arbeiterregierungen nach russischem Vorbild zu errichten.

Für den Sowjetstaat erscheint dies als Lebensfrage, wie die kommunistischen Zeitungen fast in jeder Nummer schreiben, sind die kapitalistischen Mächte ständig bemüht, mit Russland Händel anzufangen, um Gelegenheit zu schaffen, den sogenannten Arbeiterstaat wieder von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Die russischen Agenten sind nun zweifellos bemüht, in allen Staaten eifrige Propaganda für die Weltrevolution zu treiben. Das hat England Veranlassung gegeben, sich besonders scharf gegen diese Propaganda zu wenden, wogegen die Russen sehr empfindlich protestiert haben.

Das Sprichwort: „Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu“, erstreckt sich für die Russen nicht. In Russland wird keine Opposition gegen die Regierung gebildet, dort gibt es zurzeit kaum Gedankenfreiheit, geschweige denn Meinungsfreiheit. Wer nach England reisen will, muß Reisepaß haben, und diese nur solchen Personen erteilt, die der herrschenden Regierung angenehm sind. Sozialdemokraten werden ganz besonders scharf kontrolliert.

Opposition oder gar Kritik an russischen Staatseinkünften wird aber nicht nur in Russland streng verfolgt und bestraft, auch in Deutschland buidet die kommunistische Partei in ihren Reihen keine Opposition und ist auch sehr empfindlich gegen jede Kritik. Sie hat fortgesetzt alles aus der Partei entfernt, was in Opposition gemacht hat.

Trotzdem nimmt diese Partei für sich das Recht in Anspruch, ihre Getreuen mit dem Auftrag in die Gewerkschaften zu schicken, dort unter dem Namen Opposition zu üben und Propaganda für die Eroberung der Gewerkschaften zu treiben. Wie wir das ja bei den Wahlen der Angestellten zur Berliner Ortsverwaltung erlebt haben. Diese sogenannte Opposition soll doch in Wahrheit nur eine Zelle der kommunistischen Parteileitung in der Gewerkschaft sein, um die Gewerkschaften zu einem willentlichen Werkzeug in ihrer Hand zu machen.

Daß dem in der Tat so ist, ergibt sich aus einem Rundschreiben, welches die Bezirksleitung der KPD. in Berlin am 31. Dezember 1926 verfaßt hat. Da wird folgende Anweisung erteilt:

„Alle Arbeiter, die man noch gewerkschaftlich organisieren kann, muß man sofort aufnehmen. In diese Gewerkschaften dürfen nicht nur Mitglieder im Rückstand sein. Zellenleitung macht Kontrolle. Wer wegen dieser Sache nicht zur Wahl gehen kann, bekommt eine Rüge im Parteibuch. Personen, welche beharrlich sich weigern, in die Gewerkschaft einzutreten, obwohl sie das nachgewiesenermaßen können, schädigen unsere Partei und müssen als solche behandelt werden. Alle Betriebszellen tragen Sorge dafür, daß zu den Ortsverwaltungsstellen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Ausschlußmethode und unter Auswertung der Beschüsse des Kobewe Zelleneleitungen erfolgen.“

Partei beginnt im Januar eine Kampagne zu führen gegen die verbandstreuende Politik der Parteien. Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen nehmen Stellung und versuchen dann in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen vorzutreten. Die Ausschlußmethode ist Gegenstand aller Gewerkschaftler (Professoren). Auf jeden Hinweis auf Antworten mit nur zwanzig Neuaufnahmen.“

In Berlin haben sich zwei Generalversammlungen fast ausschließlich mit der Wahl der Angestellten befähigten müssen. Von kommunistischer Seite wurde mit allen Mitteln versucht, die Verwaltung zu erobern. Man fühlt die eigene Schwäche sehr wohl, deshalb wird jetzt Verhältniswahl verlangt. Wäre man der Mehrheit sicher, würde die Richtung Amsterdam brutal niedergelassen.

Zwei Generalversammlungen, Hunderte von Mitgliedern mußten um der KPD. willen sich die Rechte um die Ohren schlagen. Die wichtigsten gewerkschaftlichen Interessen wurden vernachlässigt, weil die „idiotische Opposition“ die Gewerkschaften zu einem „Werkzeug der kommunistischen Partei“ machen soll.

In Wahrheit wird der Verband und seine Interessen auf das Schwerste geschädigt und die Schädiger spielen sich auf als die wahren Gewerkschaftler. Sie wollen es von Einheitsfront zu reden, indem sie den Stachel der Zwietracht in unsere Reihen tragen.

Sollen und können wir noch lange geduldet mit ansehen, wie man bemüht ist den Verband zu zerstören! Wohl lastet die wirtschaftliche Not noch immer schwer auf vielen unserer Mitglieder und es ist menschlich sehr wohl zu verstehen, wenn sie dadurch leicht geneigt sind verhängenen Ideen Raum zu geben, für die sie in besserer Lage nichts übrig hätten. Nur so ist es zu erklären, wenn sich bei den Wahlen in Berlin eine so große Zahl von Stimmen für die Opposition erklärt hat. Eine solche Opposition ist sehr gefährlich, denn sie gefährdet die Aktionskraft der Organisation auf das schwerste und legt die Mitglieder großen Gefahren aus, wenn es ihr gelingen sollte das Ruder des Verbandsschiffes in die Hand zu bekommen.

Berlin ist nicht Offenbach. Und trotzdem in Offenbach die Mitgliedschaft sich seit Jahren unter Führung der KPD. wohlfühlt, mag sich jeder Berliner fragen, was haben die Offenbacher vor uns voraus. Haben sie bessere Verdienste, gibt es dort eine Heimarbeit? Ist ihre soziale Lage besser als bei uns? — Haben wir an der Ortsverwaltung Berlin soviel schickliche Ausstellungen zu machen, die es rechtfertigen könnten, jähige, bewährte Personen abzusetzen und durch Leute zu ersetzen, die sich erst hätten einarbeiten müssen?

Man hat es nicht gewagt die Tätigkeit der Berliner Angestellten in Zweifel zu ziehen, man folgte blind den Anweisungen der KPD.-Zentrale und suchte die Ortsverwaltung in die Hand zu bekommen um jeden Preis.

Im Deutschen Bauergewerksbund hat ja die Frage solcher Opposition seit Jahren eine große Rolle gespielt und auch zum Massenausschluß der Anruhrflüster geführt. Diese bildeten dann aber einen eigenen Verband der Ausschlußflüster und betätigten ihre frühere Organisation. Auf Befehl der KPD. mußten sie diesen Verband jedoch auflösen und sich dem Bauergewerksbund wieder anschließen. Eine Zeitlang haben sie dann Frieden gehalten, der „Grundstein“ berichtet jedoch jetzt, daß neuerdings wieder zu beobachten ist, wie an verschiedenen Orten die alten Stänkerlein wieder auflieben.

Die Organisationsleiter werden beschimpft, die Organisation heruntergerissen, die Versammlung wird zum Lummelplatz von Krakehlern, eine glatte Abwärtung der Verbandsgeschäfte ist nicht mehr möglich. Im „Grundstein“ wird dazu erklärt:

„Wir werden es unter keinen Umständen dulden, daß sich im Bauergewerksbund ein solches wüßes, organisationswidriges Gebahren wieder breitmacht. Wir werden nicht dulden, was die KPD. in ihren eigenen Reihen streng verpönt. Gewiß wird die KPD. wieder über Gewaltpolitik und Erdrückung der freien Meinungsäußerung zittern, die Erziehung hat uns indes längst gelehrt, daß überall dort die KPD. bilden in der Mehrheit sind, überhaupt keine andere Meinung als die ihnen genehme zum Ausdruck gebracht werden kann.“

Der „Grundstein“ präzisiert den Willen der Bundesleitung wie folgt:

„Wir wollen im Bunde einen Verband, ein gewerkschaftliches Handeln, ein Ziel. Der Mehrheitswille ist oberstes Gesetz. Wir erstreben durch den Bund die Hochhaltung und Verbesserung der wirtschaftlichen Interessen aller dem Bunde angeschlossenen, im streng abgeschlossenen gewerkschaftlichen Rahmen der Bundesflagge.“

Außenstehende haben kein Mitspracherecht. Wer sich als Bundesmitglied zum Sprachrohr solcher Außenstehenden aufwerfen will, um mit viel Geschrei und wenig Wille deren Parolen im Bunde durchzusetzen, der mag einsehen, daß für ihn kein Platz im Bunde ist.“

Sogar die Beteiligung an Fraktionen, die Mißachtung der Bundes- und Ortsstatuten, wird als unzulässig bezeichnet und scharfes Vorgehen angedroht. Zum Schluß heißt es:

„Nachmals gewarnt wird nicht. Wer sich gegen unseren Bund vergeht, der muß es sich gefallen lassen, wenn mit ihm so verfahren wird, wie die kommunistische Partei umspricht mit denen, die gegen ihre offizielle Parteimeinung Sturm laufen wollen.“

Wir führen dies alles an, damit unsere Mitglieder erkennen, wie sich die Dinge leicht zuspitzen können. Es läge nahe, an Hand von Beispielen in anderen Ländern zu zeigen, wohin wir geraten müßten, wenn schließlich die Art und Weise wie die KPD. vorgeht dazu treibt, daß sich einige Verbände erneut zersplittern. Zur Wachstumsfähigkeit! Deshalb lernt, nach ist es Zeit. — Duidet keine Opposition aus Prinzip.“

## Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenproblem!

Der Arbeitsmarkt spielt in der Sozialpolitik der Gegenwart eine bedeutende Rolle. Soll doch durch die Sozialpolitik der Arbeitsmarkt geregelt werden, d. h. es muß dafür gesorgt werden, daß Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in richtigen Verhältnis zueinander stehen. Die Maßnahmen sind Arbeitsvermittlung, Arbeitserschaffung, Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten, Arbeitsverteilung und endlich Fürsorge für die Erwerbslosen.

In der kapitalistischen Gesellschaft stehen sich zwei Gruppen gegenüber. Die Gruppe der Arbeitnehmer ist gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, dem Arbeitgeber anzubieten. Durch die Entwicklung, die immer mehr zum Großbetrieb drängt, ist die einfache Form des Anbieters nicht mehr möglich. Deshalb bedient man sich amtlicher Vermittlungsstellen. Doch haben diese Vermittlungsstellen verschiedene Vorläufer gehabt. Hierbei ist zu erwähnen die langsame Entwicklung, die die Arbeitsvermittlung bis zur heutigen amtlichen Vermittlung genommen hat. Im Mittelalter wurde die Arbeitsvermittlung durch die Zünfte besorgt. Einen größeren Raum nahmen die gewerblichen Stellenvermittlungen ein, von denen sich einzelne bis in die Jetztzeit hinübergerettet haben. Doch müssen diese laut Gesetz vom 22. Juli 1922 bis zum 31. Januar 1931 aufgehoben sein.

Die Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gingen ebenfalls zur Gründung von Arbeitsnachweisen über. Diese gewährleisteten keine dauernde, geordnete Arbeitsvermittlung, wie sie im Interesse der Arbeitnehmererschaft liegt. Man kann sie als Kampfgilde ansprechen, die es besonders den Arbeitgebern ermöglichte, durch das Sotzen der Schwarzen Listen sich unbedeuten Arbeiter fernzuhalten, ihnen die Arbeitsmöglichkeit zu nehmen. Es machte sich deshalb notwendig, die Vermittlungsstellen neutral zu gestalten. Im Jahre 1910 ging man nun daran, öffentliche Arbeitsnachweise zu schaffen. Doch erst in der Nachkriegszeit wurde die öffentliche Arbeitsvermittlung durch die Verordnungen vom 9. Dezember 1918 und vom 5. Mai 1920 allgemein eingeführt.

Die Organisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung teilt sich in örtliche Arbeitsnachweise, Landesarbeitsämter und das Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Den Arbeitgebern liegt nun die Pflicht ob, ihre freien Stellen dem örtlichen Arbeitsnachweis mitzuteilen. Zur Erhaltung der Arbeitsstellen gibt es besondere Bestimmungen, die das Stilllegen von Betrieben von der Zustimmung der Behörden abhängig machen. Außerdem soll durch Streckung der Arbeitszeit die Arbeitsstelle erhalten bleiben.

Die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten nimmt einen besonderen Raum ein. Vor allem sucht man durch Volkswirtschaften lebende Arbeitsmöglichkeiten zu erschaffen, und gleichzeitig die Erwerbslosenunterstützung produktiv zu gestalten.

Daß man hierbei auch oft Arbeiten anfertigen läßt, die als normale Arbeit gelten kann, zeigt uns, daß die Organisation dieser Volkswirtschaften noch vieles zu wünschen übrig läßt. Vor allem sind es die Gemeinden, die sich auf Kosten der Volkswirtschaften größere Aufwandswerte geschaffen haben. Man soll deshalb alles daran setzen, wirkliche Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, um solchen Mißbräuchen wirksam entgegenzutreten.

Betrachten wir das Erwerbslosenproblem an sich, so sehen wir eine eigentliche Arbeitslosigkeit erst mit dem Aufkommen der Industrie. Im Altertum und Mittelalter kannte man eine eigentliche Arbeitslosigkeit noch nicht. Während man im Altertum nach dem Eigenbetrieb, das Entzern der Hauswirtschaft hatte, sorgte im Mittelalter die Kunst durch besondere Lehrlingspolitik, daß das Verhältnis von Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften immer gleich blieb.

Doch kannte man im Mittelalter auch schon die produktive Erwerbslosenfürsorge. Viele Fachbauten des Mittelalters verdanken dieser ihr Entstehen. Ebenso das Hungertuch der Weber und die Hungerrauer geben hier von Zeugnis.

Die Arbeitslosen des Mittelalters waren hauptsächlich überzählige Bauernkinder, besitz- und erwerbslose Bauern, die von den Fürsten enteignet waren, und solche, die nicht zum Handwerk zugelassen wurden. In Friedenszeiten zählten auch die Söldnerheere zum großen Teil zu den Erwerbslosen.

In England zeigte sich im 16. Jahrhundert eine größere Arbeitslosigkeit, als man von der Landwirtschaft zur Schafzucht überging. Man zählte ungefähr 50 000 Bauern, die hierdurch erwerbslos wurden.

Die größeren Krisen entfielen jedoch erst mit dem Aufkommen der Industrie. Als man durch Maschinenbetrieb ungelernete Arbeiter in die Betriebe nahm, wurden die Heimarbeiter und Handwerker zunächst erwerbslos.





# UNSERE JUGEND

## Was heißt Leben?

Das Leben, Freund, mißt nicht nach Tag und Nacht.  
Nicht wie ein Buch, nachdem, was dein zu lesen:  
De mehr du hast eriebt, gefühlt, gedacht.  
Je länger ist dein Erdenpfad gewesen.

## Was ist unter Gesellschaftsklassen zu verstehen?

Am öffentlichen Leben spielt in unserer Zeit die Kämpfe um den Klassenkampf eine hervorragende Rolle. Unsere jungen Freunde haben sicher schon in kommunistischen Blättern gelesen, daß die Sozialdemokraten den Boden des Klassenkampfes verlassen haben und nur die Kommunisten seien unentwegte Klassenkämpfer.

Der geschulte Gewerkschafter weiß nun ohne Zweifel, daß der große Nationalökonom Karl Marx das Wort von den Klassenkämpfen geprägt hat, die sich unter wechselnden Formen. Marx hat behauptet: die Geschichte der Menschheit, soweit sie sich durch geschriebene oder gedruckte Literaturerzeugnisse bekannt ist, ist eine Geschichte von den verschiedenen Kämpfen der Bevölkerung untereinander und gegeneinander. Kurz in die Geschichte der Menschheit.

## Alle Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen.

Mancher junge Mensch wird sich dabei nicht allzuviel denken, er wird kaum dazu gelangen, näher zu untersuchen, denn nun eigentlich unter „Klasse“ verstanden wird. Ihm der Begriff von der Beziehung Schulklasse, 1. 2. 3. Klasse usw. geläufig, er weiß auch, daß es nicht um Kämpfe solcher Klassen handeln kann. Er handelt sich somit um andere Klassen, die ganz allgemein in der Volksmasse zu suchen sind. Wo ist aber die Trennungsgrenze, der die Klassencheidung erstreckt? Man spricht nun gemeinhin von den oberen und den nichtoberen Klassen. Ist das genügend, um eine klare Erkenntnis der Klassencheidung zu ermöglichen?

Man hat weiter das Wort geprägt von den oberen 1000, den reichen Leuten und den 90 Proz. der Bevölkerung, die nur ein Einkommen haben, das gerade ausreicht, um existieren zu können. Ja, das bei sehr vielen noch unter dem Existenzminimum bleibt. So hat sich B. der Begründer der deutschen Sozialdemokratie, Friedrich Boffalle ohne weiteres angenommen, daß 10 Proz. der Bevölkerung auf Grund ihrer Einkommensverhältnisse ein gleichartiges Klassenbewußtsein erfüllen, wenn man sie über diese ihre Klassenlage aufklärt.

Er nahm an, diese armen Menschen wären sich ihrer Klassenlage nicht einmal bewußt, oder soweit es doch der Fall sein sollte, hielten sie diesen Zustand für unabweisbar. Deshalb hielt er es auch für möglich, diese unteren Volksmassen durch rednerische und schriftliche

Propaganda in kurzer Zeit über ihre wahre Klassenlage aufzuklären! Haben diese Volksmassen erst einmal begriffen, so sagt Boffalle, wie groß ihr Elend ist und wie ihm abzuhelfen ist, dann werden sie die oberen 1000, die herrschenden Klassen, schon zwingen, ihm ein Ende zu machen.

Die Erfahrung hat indessen gelehrt, daß dies doch nicht so leicht und schnell von statten geht, wie es Laifalle vorgeschwebt hat. Die Klassencheidung ist eben doch nicht so einfach sichtbar. Die materiellen Interessen des Einzel-Individuums wie ganzer Gruppen solcher sind zum Teil sehr eng an die Interessen der oberen Klassen gebunden und deshalb nicht leicht loszulösen. In sie fällen sich in dieser Gebundenheit geradezu sozial gefestigt, und bilden so eine besondere Klasse. Mit der Entwicklung der Industrie, des Handels und Verkehrs, mit der Zunahme der Bevölkerungsziffer wurden diese Klassenunterschiede immer größer und zahlreicher. Denn die besitzenden Klassen sichern sich durch ihren Reichtum die bessere geistige und körperliche Ausbildung des Nachwuchses. Sie bestreiten dann die Lehrkörper in den Realhöfen, Gymnasien, Universitäten, schicken ihre Söhne und Töchter dorthin und bestreiten mit ihren Regierungen, die Richterposten und Rechtsanwaltsbüros, kurz den ganzen Verwaltungsapparat der Staaten, Gemeinden und ihrer rechtlichen Einrichtungen.

Am Wirtschaftsleben derselben Vorgang, hier erhielten die Kinder der besitzenden Klassen in den Handels-, Gewerbe- und Kunstschulen ihre bessere Ausbildung. Die Technischen Hochschulen bilden die Ingenieure, Bauingenieure, Konstruktoren aus, die wiederum die Führung in der Wirtschaft übernehmen und die bezahltesten Stellen besetzen. Am Handel, Bank- und Börsenwesen dieselben Vorgänge. In der Land- und Forstwirtschaft fast genau dasselbe Bild. Auch hier besetzt der gut Geschulte, auf das beste Gedächtnis die gut bezahltesten Stellen und verbindet systematisch das Emporkommen der besitzenden Individuen aus den unteren Klassen, wenn sie auch noch so tüchtig sind. Beim Militär, in der Marine und in der Handelsflotte ist es nicht anders.

Bei einigem Nachdenken ergibt sich somit, daß im Stadium der gegenwärtigen Entwicklung die Klassenunterschiede recht vielseitig sind. Es ist gar nicht leicht, die Grenzen zu finden, wo sie anfangen und aufhören. Es wäre auch verfehlt, wollte man sich mit der Formel abfinden, alles, was gegen Lohn oder Entgelt arbeitet, gehört einer Klasse an. Seit Marx und Engels schlechthin von der arbeitenden Klasse, die als Proletariat bezeichnet wird, in ihren Werken gesprochen, hat die Entwicklung alle die vielen und großen Unterschiede geschaffen, die wir eben kurz gezeichnet haben.

Stellen wir uns nun weiter vor, wie groß die Unterschiede zwischen den besitzenden Klassen selbst sind. Zunächst müssen wir Arbeit darüber haben, was macht den Besitz aus: An erster Linie wohl der Besitz am Grund und Boden, denn in und auf ihm befindet sich alles, was den Besitzer auszeichnet. Nun kann man wieder zwei Gruppen unterscheiden, die Besitzer der Produktionsmittel und eine, welche die Zirkulationsmittel besitzt.

Unter ihnen bestehen aber auch schon wieder Gegenstände der Interessen, ebenso solche die übereinstimmen.

Man muß ferner daran denken, wie groß die Unterschiede wieder in der Größe des Besitzes sind, sowohl quantitativ wie bezüglich der Qualität.

Hier kommen wir schon auf neue Klassenverhältnisse. Neben den ehemaligen feudalen Grundbesitzern, Bergherren, Fabrikbesitzern die Großbürger, Kleinbürger, Händler, Kaufleute, Beamte, Bauern, Handwerker, Arbeiter. Wie riesengroß sind nicht die sozialen und materiellen Unterschiede zwischen diesen Bevölkerungsklassen. Greifen wir z. B. nur einige Kategorien heraus. Müller, Kellner, Bäcker, Fabrikarbeiter, Kaufleute und Angestellte. Erst in neuerer Zeit haben sich zwischen diesen Faktoren so etwas an, was man als Verhältnis für Klassengemeinschaft nennen kann. Es sind aber noch immer gewaltige Massen von Unverstand und Dünkel unter den einzelnen dieser Schichten vorhanden, die es verhindern, daß sie sich ihrer Klassenlage klar bewußt werden. Besonders groß ist das Dummkopf, das entstand durch den sogenannten neuen Mittelstand, jene Gruppe der Werkmeister, Geschäftsführer, Zeichner und kaufmännischen Angestellten, die mit den Unternehmern in einer gewissen Interessengemeinschaft gegen die Arbeiter verbunden sind. Sie werden etwas besser bezahlt und führen eine gehobeneren Lebensweise wie der gewöhnliche Arbeiter. Deshalb gerieren sie sich auch meist als Antreiber und Leiterschüler, denn der Unternehmer verlangt für den höheren Lohn auch, daß sie dafür seine Interessen rücksichtslos vertreten. Noch schlimmer ist die über dieser Schicht stehende höhere Klasse bezahlter Lohnarbeiter. Die Direktoren, Prokuristen, Geschäfts- und Abteilungsleiter, die Syndik und sonstige Personen, die oft ungeheuerlich hohe Einkommen beziehen, deren Verdienste sehr oft nur darin bestehen, daß sie sehr gute Beziehungen zu Geldgebern, Behörden und zahlungsfähigen Stellen haben.

Aus dem vorstehenden ergibt sich schon mit aller Deutlichkeit, wie schwer es ist, alle diese verschiedenen Interessengruppen über ihre Klassenlage aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu bringen. Bei den meisten kommt noch oft ein gewisser Dünkel hinzu, mehr zu scheitern, als sie eigentlich sind. Selbst der Prolet im Schutze, der schlechtbezahlteste Angestellte und Kaufmann will etwas Besseres scheitern, als ein Arbeiter. Die Unterscheidung zwischen Kapitalist und Proletarier, die Formel: hier Besitz, dort Nichtbesitz, ist heutzutage nicht mehr anwendbar. Von einer bloßen Zweiteilung kann keinesfalls gesprochen werden. Aus alledem ergibt sich schon die klare Erkenntnis, daß mit dem Wort Klassenkampf und Klassenkämpfer heutzutage vielfach Begriffe verbunden werden, die höchst unklar bleiben. Wir wollen versuchen, uns das noch und noch klar zu machen.

Schaff, das Tagewort meiner Hände,  
Hohes Glück, daß ich's vollende!  
Laß, o laß mich nicht ermaten!  
Rein, es sind nicht leere Träume:  
Neh' nur Stangen, diese Bäume  
geben eini' noch Frucht und Schatten.

Geoffr.

## Das Reichsarbeitsministerium zum Reichswohnungsbauprogramm des Aktionskomitees für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik.

Das Reichsarbeitsministerium hat Vertretern des Aktionskomitees für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik in einer Besprechung seine Stellung zu dem Reichswohnungsbauprogramm des Aktionskomitees dargestellt. Das Ministerium hält eine Begründung des Bauprogrammes auf fünf Jahre für ratsam, weil die Bekämpfung der Wohnungsnot im Wege der Bekämpfung der Schwerkriegsbeschädigten im Jahre 1926 wurden nach Schätzung des Reichsarbeitsministeriums an öffentlichen Geldern etwa zwei Milliarden für Wohnungsbau verausgabt; hiervon aus Mitteln der Reichswohnungsbaubank: 400 Millionen, Zwischentreibe (teils Reichswohnungsbaubank, teils privates Geld): 200 Millionen, Hausgenossenschaftshypotheken: 625 Millionen, Arbeitgeberdarlehen: 100 Millionen, Anleihen (Vorschüsse der Länder und Gemeinden): 350 Millionen, privates Baugeld: 385 Millionen. Im Jahre 1927 rechnet das Reichsarbeitsministerium mit 2,575 Milliarden; hiervon Realreditinstitute 1200 Millionen, Hausgenossenschaftshypotheken: 300, öffentlich-rechtliche Versicherungsgesellschaften: 300, Hypothekendarlehen: 600, Hausgenossenschaftshypotheken: 600 Millionen, privates Baugeld: 385 Millionen. Das Reichsarbeitsministerium ist der Meinung, daß 1927 auch unter ungünstigsten Umständen die Baulieferung von 200 000 Wohnungen erreicht wird, wahrscheinlich aber 250 000 gebaut werden können. Die Bekämpfung wird allgemein bis zu 40 Proz. gehen. Das Reichsarbeitsministerium weist darauf hin, daß sich eine Logenart (b. h. p. o. h. e. t. auf dem Baugeldmarkt eingeführt habe (System Humar). Man rechnet damit, daß 60 Proz. der Kaufstellen von privaten Bauern auf genommen werden, wofür eine Verzinsung von 6% bis 7 Proz. in Betracht käme. Um tragbare Mieten zu erhalten, werde zur Deckung der Zinsdifferenz von Bauern und Gemeinden wieder Zuschüsse aus Hausgenossenschaftshypotheken gewährt werden. Interessant zeigt sich das Reichsarbeitsministerium für den sogenannten Schwarzmarkt, der dahin zielt, daß durch Hebernahme einzelner handlungsfähiger Disagios auf die Standardrenten ein 5 Proz. gesenkt werde. Bekannt wird, daß dieser Vorstoß für alle Realreditinstitute, nicht etwa

nur für die Hypothekendarlehen in Betracht kommt. Für die Vergütung der Hausgenossenschaftshypotheken erachtet das Reichsarbeitsministerium das in Württemberg angewandte Verfahren als besonders günstig, wo die Hausgenossenschaftshypotheken nach sachlichen Gesichtspunkten von der Württembergischen Wohnungsbau- und Kreditanstalt vergeben werden, einer öffentlichen Anstalt, deren alleiniger Inhaber der Staat ist. In den Wohnungsjuristische Gesellschaften erachtet das Reichsarbeitsministerium das zukünftige Institut für zweite Hypotheken.

## Aus unseren Berufstreiben.

Auch in Mittelhandstrecken kann man nicht länger achlos mitanhängen, wie die Großbetriebe sich konzentrieren. Wie sie Rationalisieren, Normieren, Typisieren, Kongern, Kartelle, Trusts bilden. Natürlicher führt man wirtschaftlich die unheimliche Macht immer stärker, die dem Kleinhandwerker mehr und mehr jede Verdienstmöglichkeit beschneidet. Sogar in der Allgemeinen Tapeziererzeitung erscheinen jetzt Artikel, welche die kapitalistischen Geschäftspraktiken einer scharfen Kritik unterziehen. Am Schluss heißt es in einem solchen: „Unweigerlich führt die Herrschaft des Kapitals zu einer Umverteilung wirtschaftlicher Kräfte auf der einen, zu deren Ausschaltung auf der anderen Seite. Unweigerlich nähern wir uns dem Zeitpunkt, wo wir einem durch das Gegeneinanderwirken der kapitalistischen Kräfte geschaffenen Trümmerhaufen gegenübersehen werden.“

Späte Erkenntnis, die aber in den Köpfen der Arbeitergenossen noch lange keinen Eingang finden wird. Die verdamnte Schwarzarbeit. Ein Trierer war durch die Reichsvermögensverwaltung die Aufarbeitung von einigen hundert Wägen an einen arbeitstüchtigen Tapeziererarbeiten vergeben worden. Die Trierer Innung erhielt davon Wind und wandte sich an den Bundesvorstand in Berlin mit einer Beschwerde. Herr Volkmann wandte sich darauf an die Regierungskasse und erhielt später die Auskunft, daß die Arbeit auf besonderes Verlangen der Wohnungsbehörde an den Bestellen vergeben werden mußte. Diese habe das Füllmaterial gestellt und glaubte eine Kontrolle über die Verwendung dieses Materials nicht anders in genügender Weise ausüben zu können. Die Reichsvermögensverwaltung habe sich in einer

Zwangslage befunden. Daraus geht wohl hervor, daß die Besetzung Beförderungen hatte, das Füllmaterial könne nur zu einem Teil verwendet oder durch minderwertiges ersetzt werden, wenn sie nicht strenge Kontrolle übt. Ja, ja! Es hat alles seinen Haken.

Die Westdeutsche Tapeziererzeitung nimmt Bezug auf den Bericht in unserer Verbandzeitung über den geplanten Bezirksstarbvertrag für Rheinland-Westfalen. Die Arbeitgeberorganisation sei bereit, in sofortige Verhandlungen einzutreten, um einen Tarifabschluss herbeizuführen. Diese Nachricht kommt ziemlich post festum, denn diese Verhandlungen haben schon stattgefunden, waren aber ergebnislos.

Der Deutsche Tapeziererband tagt Ende Juli d. J. in Leipzig, um dort sein 50jähriges Bestehen zu feiern. Zu gleicher Zeit feiert die Leipziger Tapezierer-Innung ihr 125jähriges Bestehen.

Der Lehrlingsfrage beginnt man jetzt doch etwas mehr Beachtung zu schenken. So machen die badischen Handwerkskammern die Lehrmeister darauf aufmerksam, daß nach den Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens, soweit nicht besondere Bestimmungen in Frage kommen, wie z. B. bei den Bäckern, Buchdruckern, Friseurern usw. vor der Einstellung eines dritten und jedes weiteren Lehrlings die zuständige Handwerkskammer die Genehmigung hierzu zu erteilen hat. Die Handwerkskammern wären gesetzlich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß im handwerklichen Lehrlingswesen Ordnung herrscht. Auch soweit weitergehende Einschränkungen hinsichtlich der Lehrlingszahl bestehen, müßten diese genauere Befolgung werden. Die Bekanntmachung geht aus von den Handwerkskammern in Freiburg, Karlsruhe, Konstanz und Mannheim.

Nach neueren Berichten ist die Weiterentwicklung der Fachschule in Hildesheim gescheitert. Der Abzug der Arbeitskräfte sei geregelt. Es werde sich jedoch im nächsten Semester eine Einschränkung der Schülerzahl erforderlich machen.

Ueber die Lehrlingsfrage hat in einer Vorstandssitzung des Sattlerbundes, der Vorsitzende Herr Scholz sehr beachtliche Ausführungen gemacht. Er sagte dort: Wenn auch die Beschäftigung mehrerer Lehrlinge wegen der billigen Arbeitskraft vorliegend sei, für die Gelamtheit der Berufsgenossen bedeutet dies eine unerwünschte Konkurrenz durch die Überfüllung der Berufs-

und eine Ausbreitung der Fischerei. Die Innungen müßten dazu übergehen, die Verbringshaltung zu regeln. Herr Scholz kritisierte auch das Verhalten der Industrie, die hinsichtlich der Verbringshaltung das Handwerk weit in den Schatten stellt. Ein Berliner Korbflechterbetrieb hält 15 Verbring und mehr.

Mit diesen Ausführungen verbunden wir unseren Lesern nichts Neues, denn es sind die Warnungen und Hinweise, die wir schon seit Jahren von Zeit zu Zeit den Unternehmern zugehen haben. Nachdem nunmehr der Marken ganzlich verfahren ist, denkt man endlich daran, ob er nicht wieder Holt gemacht werden kann. An anderer Stelle drückt das Bundesrat einen Bericht ab über das Refraktionsgesetz für die Industrie im Sattler- und Tapeziererbetriebe, der aus unserem Bureau an den Engländer-Büroausgegeben ist.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß man in Unternehmertreuen beginnt, diese Entscheidungen in unseren Verbringstreifen ernstlich Beachtung zu schenken.

Herr Scholz wendete sich dann auch gegen die Treibriemenfabrikanten, die das Recht der Verbringausbildung in ihren Betrieben beanspruchen. Eine dreijährige Lehrzeit sei in diesem Berufe nicht gerechtfertigt, weil angelernte Arbeiter schon nach kurzer Tätigkeit Teilhaber bei der Herstellung von Treibriemen werden können. Diefelbe Erklärung ist auch in anderen Berufen zu beobachten, wo weitgehende Teilhaber eingeführt ist und der Teilhaber in kurzer Zeit angelernt werden kann. Wollte man dem Unternehmer dort das Recht geben, Lehrlinge in dreijähriger Lehrzeit zu beschäftigen, so hieße das geradezu die jungen Leute der Auszubereit ihrer Arbeitskraft berauben ohne irgendwas ausreichende Vergütung. Daß die Verbringshaltung in unserer Zeit ganz allgemein unzureichend sind, ist so bekannt.

Ein neuer Tarifvertrag für die Lederwarenindustrie in Rheinland und Westfalen mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen. Nachdem die Arbeitgeber den „Offenbacher Tarifvertrag“, der im Jahre 1924 abgeschlossen wurde, ablehnten, war es nicht möglich, bisher zu einem Tarifverhältnis zu kommen, trotzdem mehrfach Verhandlungen stattfanden. Stets scheiterten sie an der Arbeitszeit- und Ferienfrage. Die Arbeitgeber verweigerten die unzulässige Wirtschaftspolitik in ihrem Interesse auszunutzen und aus ihren Willen aufzugeben. Sie erklärten uns, was in der Großindustrie des Westens möglich ist, müßte auch in der Lederwarenindustrie möglich sein.

Am einmütigen wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen, waren wir gemeinsam einem Schiedsgericht des Kölner Schlichtungsausschusses unsere Zustimmung zu geben, der Arbeitszeit und Lohn regelte.

Am November vorigen Jahres beantragten wir wieder beim Arbeitgeberverband Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifvertrages, jedoch erst im Januar konnten die ersten Verhandlungen stattfinden, die, wie vorausgesehen war, zu keiner Einigung führten. Nach wie vor nahmen die Arbeitgeber ihren alten Standpunkt ein. Beide Parteien einigten sich dann, in den Streitfragen den Schlichter anzurufen. Die Verhandlungen konnten Ende Februar in Köln statt. Zu einem Schiedspruch kam es nicht, da beide Parteien den Einigungsverschlüssen des Schlichters zustimmten. Nur der Grundloste des jetzigen „Offenbacher Tarifvertrages“ kam der neue Tarifvertrag zustande. Arbeitszeit und Ferien wurden entsprechend dem Offenbacher Tarifverträge festgelegt. Mit einzelnen Ausnahmen auch die sonstigen Bestimmungen.

Der Vertrag ist am 15. März in Kraft getreten und läuft bis zum 31. April 1928.

Haben wir auch nicht alles erreicht, so können wir doch sagen, durch den Abschluß wieder geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen zu haben. An unsere Kollegen in der Lederwarenindustrie Rheinland und Westfalen richten wir die dringende Mahnung, die Organisation zu auszubauen und zu stärken, daß wir in der Lage sind, im nächsten Jahre das Fehlende nachzuholen.

Neue Lohnabkommen wurden für die Treibriemenindustrie in den Bezirken Köln-Dormund und Aachen abgeschlossen. In Köln durch Schiedsgericht des Lohnschlichtergerichts, in Aachen in freier Verhandlung. Die Löhne erhöhen sich in beiden Bezirken in der Spitze um 5 Pf. Es betragen daher die Spitzenlöhne in Köln 85 Pf., in den Orten des Industriegebietes Düsseldorf bis Dortmund 84 Pf. Hinzu kommt die Sozialzulage von 2 Pf. pro Kopf. (Frau und Kinder). Der Lohn im Aachener Bezirk beträgt 81 Pf. in der Spitze.

### Merktblatt für den Bezug aus der Erwerbslosenfürsorge.

1. Wird der Bezug der Erwerbslosenunterstützung durch eine zusammenhängende Beschäftigung von mindestens drei Monaten unterbrochen, die ihrer Art nach die Arbeitslosigkeit aus Erwerbslosenfürsorge begründet, d. h. also Krankenversicherungspflichtig ist, so ist damit der bisherige Unterhaltungsbeitrag abgebrochen. Ist die Beschäftigung beendet, so beginnt für den Erwerbslosen eine neue Unterhaltungszeit mit neuer Höchstfrist zu laufen. Spätestens mit Ablauf der Höchstfrist (52 Wochen) scheidet der Erwerbslose aus der Erwerbslosenfürsorge aus.

2. Tritt im Bezuge der Erwerbslosenunterstützung eine Pause ein a) infolge einer Beschäftigung als Arbeitnehmer, die nicht unter 1 fällt, also entweder ihrer Art oder ihrer Zeitdauer nach oder in beiden Beziehungen eine neue Anwartschaft auf Erwerbslosenfürsorge nicht begründet, b) infolge vorübergehender Arbeitslosigkeit durch Krankheit, während der der Erwerbslose Krankengeld erhält, so wird der bisherige Unterhaltungsbeitrag nicht unterbrochen, sondern der Ablauf der Höchstleistungsfrist gebremst. Ist die Beschäftigung oder die Krankheit beendet, so erhält der Erwerbslose die Erwerbslosenunterstützung ohne erneute Prüfung der Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 usw. bis zu demjenigen Zeitpunkt von Tagen weiter, für die er sie ohne die Beschäftigung oder die Krankheit im Höchstfall noch bezogen hätte. Nach Ablauf

dieser Zeit scheidet er aus der Erwerbslosenfürsorge aus. Die Zeit der Beschäftigung oder Krankheit wird also nicht auf die Unterhaltungsperiode angerechnet.

3. Während aller übrigen Pausen (insolge selbständiger Beschäftigung, zeitweiliger Verneinung der Bedürftigkeit, zeitweiliger Ausschluß, Haft) ruht die Erwerbslosenunterstützung. Der Unterhaltungsfall wird zwar ebenfalls unterbrochen wie zu 2, der Ablauf der Bezugsfrist wird aber nicht gebremst, die Frist läuft vielmehr weiter. Sobald die Frist abgelaufen ist, scheidet der Erwerbslose aus der Erwerbslosenfürsorge aus. Endet die Pause vor dem Ablauf der Frist, so erhält der Erwerbslose die Unterstützung ohne erneute Prüfung der Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 usw. höchstens bis zu dem Tage weiter, bis zu dem er sie ohne die Unterbrechung bezogen hätte. Mit diesem Zeitpunkt scheidet er aus der Erwerbslosenfürsorge aus.

### Konsumvereine sind keine Gewerbebetriebe.

Die wiederholte Betonung des Satzes: Konsumvereine sind keine Gewerbebetriebe, geschieht mit besonderer Absicht. Damit soll der Wesensunterschied zwischen Konsumgenossenschaften und Gewerbebetrieben zu allgemeiner Kenntnis und Anerkennung gebracht werden. Das ist aus idealen und aus steuerrechtlichen Gründen sehr wichtig.

Gewerbebetriebe sind private Unternehmungen, die auf Erzielung von Gewinn für die Gewerbetreibenden eingerichtet sind. Konsumgenossenschaften dagegen sind gemeinnützige Unternehmungen zur Vermeidung von Unternehmergewinnen. Dieser Unterschied kennzeichnet die völlige Verschiedenartigkeit von Genossenschaften und Gewerbebetrieben.

In ideeller Hinsicht bedeutet die immerwährende Hervorhebung jenes wesentlichen Unterschiedes Aufklärung der Verbraucher über zwei ganz andersartige Wirtschaftssysteme: die kapitalistische Profitwirtschaft und die auf gemeinsamer Selbsthilfe beruhende Genossenschaftswirtschaft. Nach der heuristischen Seite hin soll die unaufhörliche Feststellung jenes Wesensunterschiedes zur Anwendung unangenehm und unerbittlicher Steuerbelastung der Konsumgenossenschaften führen.

Wenn bei den Konsumgenossenschaften diejenigen Bescheinigungsgründe nicht vorliegen, die bei den auf Erwerb und Gewinn abzielenden Gewerbebetrieben vorhanden sind, dann dürfen die Genossenschaften in ihrem nur gemeinsinnigen Tun auch nicht durch unangenehme Verneuerung behindert werden.

In denselben registrieren wir mit Vergnügen jede bedeutsame Entscheidung, die da feststellt, daß Konsumvereine wirklich keine Gewerbebetriebe sind. Der schon erheblichen Anzahl solcher Entscheidungen fügen wir zwei weitere hinzu.

Der große Konsumverein „Vorwärts“ für Dresden und Umgegend hat neuerdings durch eine Beschwerde wegen seiner Heranziehung zur Vermögenssteuer, beim höchsten Finanzgericht, dem Reichsfinanzhof in München, ein Urteil erwirkt, in dessen Begründung wiederum ausdrücklich anerkannt wird, daß der Geschäftsbetrieb des Konsumvereins kein Gewerbebetrieb ist. Die gleiche Feststellung hat am 30. Dezember v. J. das hiesigste Ministerium für Inneres und Wirtschaft getroffen, indem es die Heranziehung des Konsumvereins Saxeinna zu den Kosten der Handwerkskammer als zu unangemessen erklärte.

Konsumgenossenschaften, die ihren Geschäftsbetrieb auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, sind keine Gewerbebetriebe. Danach sollen und müssen sie eingeschätzt und behandelt werden.

### Rundschau.

Thomas Arkwold †. Der Holzarbeiter-Verband Ostpreußen verliert den Verlust eines alten Pioniers, der seit 1880 der Gewerkschaftsbewegung treu und unermüdet am Zusammenhalt der Holzarbeiter tätig war. Seit 1891 war er Funktionär und Mitglied verschiedener Institutionen in der Arbeiterbewegung. Er hat ein Alter von 65 Jahren erreicht.

Zementpreis in Deutschland und in Holland. Die deutschen Kapitalisten tun immer, als läge ihnen nichts näher als über zur Heimat und zum Deutschland. Deshalb sind sie meist deutschnational, Votzparteilich, Zentralsmannler oder so. Bünstig wurde mir im „Vorwärts“ berichtet, daß 10 Tonnen Zement in Aachen 455 Mt. kosten = 278 holländische Gulden. In den Niederlanden kosten aber 10 Tonnen deutscher Zement nur 150 Gulden. Und der sogenannte Dijkhofzement, den man in Holland für 220 Gulden kauft, der kostet in Deutschland 480 Gulden. Wir fragen: Was sagt denn der Reichswirtschaftsrat zu diesen Zuständen? Und wo ist die Regierung und wo sind die Stellen, die rationelle Wohnungs- und Erziehungspolitik treiben sollen? Sehen sie diesen Zuständen tatenlos zu, finden sie es in der Ordnung, daß die deutschen Zementfabrikanten dem Ausland die Erzeugnisse deutscher Arbeit um rund 100 Proz. billiger abgeben als den eigenen Volksgenossen? — Was sagen die Vertreter der Arbeiter im Reichstag zu solch unheiligen Zuständen?

### Bücherchau.

Das Märzheft der „Arbeiter-Jugend“, das soeben erschienen ist, bietet reichhaltigen Inhalt. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. Preis 25 Pf.

Der Buchhandel ist bedroht! Die neuesten Reichsgerichtsurteile, die den literarischen Hocherrn ertönd haben, sind eine Gefahr für den deutschen Buchhandel. Die

neue Nummer 10 des republikanischen Wochenblattes „Lachen und Tränen“ zeigt die merkwürdigen Folgen der nach merkwürdigen Reichsgerichtsurteilen, die die politischen Verhältnisse des Reichs geben, welche anderen aktuellen Ereignissen viel Stoff zu politischen Satire. „Lachen und Tränen“ kostet pro Nummer 25 Pf., zu beziehen durch jede Postbuchhandlung und Postamt oder direkt vom Verlag J. H. W. Dieckhoff, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Man verlange „Lachen und Tränen“ an allen Zeitungskiosken und Postanstalten.

Erwerbslosenfürsorge. Die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge mit sämtlichen Bestimmungen über Krankenfürsorge, Kurzarbeiterfürsorge, Notstandsarbeiten usw. nach dem Stande vom 1. Februar 1927, ist in dieser Ausgabe erschienen. Das Stück kostet 40 Pf. gegen Vorkaufsendung des Betrages. Zu beziehen durch das Gewerkschaftsamt Leipzig, Zeiger Straße 32. Der vorige Bescheid in den Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge machte es unbedingt notwendig, daß die jetzt gültige Fassung in einer billigen Ausgabe erscheint.

Gesundheitsheften für das Volk. Unter diesem Titel bringt der Verlag O. Birk & Co. in München, Wilmhermerstr. 19, eine fortwährende Reihe gemeinverständlicher Darstellungen aus dem Gesamtgebiet der Volks-Gesundheitspflege heraus, die nicht nur der Aufklärung und Belehrung, sondern vor allem der praktischen Uebertragung hygienischer Kenntnisse auf das Leben des arbeitenden Volkes dienen sollen. Die redaktionelle Leitung — der bekannte soziologische Publizist Dr. Julian Marcuse — wie die große Reihe der ärztlichen Mitarbeiter aus allen Zweigen der behandelten Spezialgebiete bürgen für eine nicht bloß gemeinverständliche, sondern vor allem von sozialem Empfinden und praktischem Erleben getragene Darstellung, die in dieser Zusammenfassung in der Volksliteratur nichts Ähnliches aufzuweisen hat.

Die ersten Hefte — bei normalem Erscheinen folgt ein jedes in gutem Druck und geschmackvollem Umschlag 50 Pfennig (für Porto und Verpackung 10 Pf. extra) — behandeln die Themen: Der Mensch, sein Körper und seine Lebensfähigkeit; von Stabarzt Dr. W. Hobann (Berlin); Seiundes und krankes Blut; von Dr. A. Reumann (Wien); Wie erhalte ich meinen Säugling gesund? von Kinderarzt Dr. C. Frankeisen (Berlin); Ernährung und Abkühlung; von Dr. A. Marcuse (München); Geschlechtsleben und Geschlechtskrankheiten; von Stabarzt Dr. Gg. Löwenstein (Berlin) u. a. mehr. Jedes Heft ist einzeln käuflich, die Gesamtzahl bildet eine musterzügliche Gesundheitsbibliothek, die über alle Fragen der Wohlfahrt und des Lebens der breiten Masse klar und eindeutig unterrichtet. Sie darf in seinem Arbeiterhaus stehen, denn das höchste Gut, das der wertvolle Mensch besitzt und zu verwahren hat, ist seine und seiner Familie Gesundheit.

### Verbandsnachrichten.

(Beschlüsse des Vorstandes und der Ortsvereinigungen.)

Vom 21. bis 27. März ist der 12. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Berichterstattung über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende März 1927.

Mit dem Abrechnungsmaterial gehen den Verwaltungsstellen die Monatsberichtsarten für die nächsten drei Monate zu. Die Berichtsarten für Monat März bis spätestens zum 5. April, genau nach Branchen ausgefüllt, einzuschicken. Erhebungszeit ist Samstag, der 26. März.

Zu beachten ist folgendes: Wird 40 und mehr Stunden pro Woche gearbeitet, jedoch die normale Arbeitszeit nicht erreicht, so ist das unter der Rubrik „1 bis 8 Stunden verkürzt“ einzutragen. Wird von 32 bis zu 40 Stunden gearbeitet, so kommt die Rubrik „9 bis 16 Stunden verkürzt“ in Betracht usw. Stets lautet die Frage um wieviel Stunden war die normale 48stündige Arbeitszeit verkürzt? Immer wieder wird der Fehler gemacht, daß die Rubrik „die wöchentliche Arbeitszeit war 25 und mehr Stunden verkürzt“ gebracht werden. Wir erühen, nicht für die Zukunft besser zu beachten.

Da am Quartalsabschluss zugleich der Stand der Beschäftigung in den Hauptbranchen ermittelt werden soll, bitten wir die Karten recht genau auszufüllen.

Handwerksratler sind nicht unter die Lederwaren- oder alle alten Berichtsarten ohne Branchenenteilung sind zu verwenden, auf keinen Fall aber zur Berichterstattung zu verwenden. Wir erwarten, daß die Berichtsarten eine besondere Mahnung rechtzeitig eingelaufen werden.

Mannheim. Alle Mitglieder, die bis 30. März noch Mitgliedsbuch noch nicht zur Kontrolle abgegeben haben, werden dringend ersucht, der Aufforderung noch mehr nachzukommen. Andernfalls muß Ausschluß folgen.

Die Ortsverwaltung.

### Sterbetafel.

Hamburg. Am 14. März wurde unser Mitglied, Tapezierer Anton Reichert von einem Schlaganfall überrascht, er starb am 15. März.

Stuttgart. Am 2. März starb unser Mitglied Marie Harich im Alter von 27 Jahren.

Im breitem Andenken!